

Protokolleintrag vom 28.03.2012

2012/132

Motion von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 28.03.2012:

Schaffung einer Zone für städtische öffentliche Bauten sowie Zuordnung von Liegenschaften, die von nicht ortsgebundenen Abteilungen der kantonalen oder der Bundesverwaltung genutzt werden

Von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die eine Anpassung des regionalen Richtplans und daraus folgenden Änderung der Nutzungsplanung vorsieht. Dabei soll eine Zone für städtische öffentliche Bauten geschaffen werden. Dieser Zone sollen Liegenschaften zugeordnet werden, die heute von nicht ortsgebundenen Abteilungen der kantonalen oder der Bundesverwaltung genutzt werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Bei der Versorgung der Stadt mit öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kinderbetreuung, Altersheime, Tramdepots, Werkhöfe, Feuerwehr-Stützpunkte, Verwaltung, etc.) ist ein erheblicher Standort- und Raumbedarf entstanden. Bis 2025 ist von einem Bedarf für städtische Infrastruktur von mehr als 170'000 m² auszugehen. Während die Stadt Zürich aber ihre Raumbedürfnisse nur innerhalb der Gemeindegrenzen abdecken kann, haben die kantonale und die Bundesverwaltung einen viel grösseren Perimeter zur Verfügung.

Gemäss §9 des Planungs- und Baugesetzes ist die Stadt Zürich als Planungsträgerin verpflichtet, die ihr zugewiesenen Aufgaben und die Wahrung ihrer Interessen auch planerisch zu sichern.

Mitteilung an den Stadtrat